

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 848 ppbn d



## Inhalt

Rudi Arndt MdEP, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, appelliert vor Kohls Treffen mit Mitterrand an den Bundeskanzler: Adenauers Erbe wahren.  
Seite 1

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Kommission für Innen- und Rechtspolitik beim SPD-Parteivorstand, stellt die SPD-Position zum Datenschutz vor: Verteidigung der Bürgerrechte.  
Seite 3

**DOKUMENTATION**  
Eine Reihe von SPD-Bundestagsabgeordneten hat in einem Brief an die Mitglieder des amerikanischen Repräsentantenhauses die Politik von US-Präsident Reagan gegen Nicaragua verurteilt.  
Wortlaut auf Seite 5

40. Jahrgang / 99

28. Mai 1985

### Wie geht der Enkel mit dem Erbe um?

Heute wird sich erweisen, ob Kohl die deutsch-französische Freundschaft wahren kann

Von Rudi Arndt MdEP  
Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Heute wird sich erweisen, wie der Enkel Adenauers mit einem besonders wertvollen Teil des Erbes, der deutsch-französischen Freundschaft, umzugehen gedenkt.

Wenn sich in Konstanz Helmut Kohl und Francois Mitterrand treffen, steht viel auf dem Spiel. Kohl muß beweisen, daß es ihm bei seinen bisherigen telegenen Treffen nicht nur um schöne Worte ging. Beim Bonner Gipfel hat er durch sein unsolidarisches Verhalten die Axt an die Wurzeln der Zusammenarbeit Paris-Bonn gelegt. Jetzt muß er tätige Reue üben, um nicht zu verspielen, was all seine Vorgänger im Amt des Bundeskanzlers sorgfältig gepflegt und entwickelt haben.

In der Freundschaft zwischen Helmut Schmidt und Valery Giscard d'Estaing hatte diese neue Beziehung zwischen unseren beiden Ländern eine besonders fruchtbare Verbindung, weil sie über parteipolitische Unterschiede hinweg der Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit sichtbaren Ausdruck verlieh. Zwischen dem Sozialisten Francois Mitterrand und dem Christdemokraten Kohl schien sich

diese positive Entwicklung fortzusetzen. Bis in den vergangenen Monaten die praktische Europa-Politik Bonns die gemeinsamen Kommuniqués glatt Lügen strafte.

- o In der Agrarpreisrunde ließ es Kohl zu, daß sein Landwirtschaftsminister Kiechle im Gegensatz zum größten Getreideproduzenten der EG, Frankreich, die notwendige Reduzierung der Getreidepreise ablehnte und letztlich mit einem Veto zunächst blockierte.
- o In der Meinungsbildung um eine europäische Beteiligung am US-amerikanischen Krieg-der-Sterne-Projekt, vollführte Kohl einen Zick-Zack-Kurs ohne gleichen, anstatt sich mit einem klaren Ja zum französischen EUREKA-Vorschlag zu bekennen, das dem auch von Kohl anerkannten Bedürfnis der Selbstbehauptung Europas endlich Rechnung tragen würde.

Inzwischen interessieren sich die EFTA-Staaten an einer Beteiligung an EUREKA und Reagans SDI bekommt von immer mehr EG-Staaten einen Korb, zumal immer deutlicher wird, daß die Pläne der US-Administration auf eine wissenschaftliche Ausbeutung Europas ohne entsprechende Gegenleistung hinauslaufen.

Bundesaußenminister Genscher hat in der vergangenen Woche versucht zu retten, was zu retten ist. Die französische Regierung hat ihm ungewöhnlich protokollarische Aufmerksamkeiten entgegengebracht. Die Frage ist jetzt, ob Kohl seinem Vizekanzler folgt und wahrnimmt, welche goldenen Brücken ihm in Paris gebaut worden sind.

Daß die Selbstbehauptung Europas und die deutsch-französische Freundschaft nichts mit Anti-Amerikanismus zu tun haben, sollte Kohl von seinem "Stammvater" gelernt haben. Adenauer hat zu Recht gesagt: "Die Wege nach Washington führen über Paris."  
(-/28.5.1985/rs/ks)

+ + +



**Datenschutz ist Fortschrittsrecht****Die SPD verteidigt die Bürgerrechte**

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB  
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion  
Vorsitzende der Kommission für Innen- und Rechtspolitik beim SPD-Parteivorstand

Wo die Regierungsparteien sich täglich schmerzhaft gegenseitig auf die Füße treten, schreitet die Arbeit der SPD zügig voran. Gemeint sind damit die Antworten auf die rechtspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Probleme des Datenschutzes rangieren in einer Zeit, in der sich die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien rasant ausbreiten und schnelle technische Qualitätsprünge machen, ganz oben. Die Ende vergangenen Jahres neu gebildete Kommission für Innen- und Rechtspolitik beim Parteivorstand hat deshalb unter Beteiligung der maßgeblichen Datenschutzexperten aus Wissenschaft und Praxis als erstes innerhalb nur weniger Monate unter dem Titel "Selbstbestimmung und Freiheitssicherung in der modernen Informationsgesellschaft" neue sozialdemokratische Leitlinien zum Datenschutz erarbeitet.

Präsidium und Vorstand der SPD haben diese Leitlinien jetzt als verbindliche Programmaussage und Positionsbestimmung für die aktuellen Gesetzgebungsvorhaben beschlossen. Damit entwickelt die SPD ihre am 30. Juni 1980 beschlossenen "Grundsätze für einen besseren Datenschutz" fort und dokumentiert ihre Fähigkeit, zu zukunftsweisenden Fragen der Rechts- und Innenpolitik einen klaren Standpunkt zu beziehen und somit ihren Vorsprung auf diesem Gebiet zu wahren.

Ziel der Leitlinien ist es, den Bürger vor freiheitsbeeinträchtigender Durchleuchtung zu schützen, seinem Recht Anerkennung zu verschaffen, über die Offenbarung seiner Lebenssachverhalte selbst zu entscheiden und ihm bei der Durchsetzung dieses Rechts zur Seite zu stehen. Für die SPD sind dies die Grundbedingungen einer computerbestimmten Gesellschaft und zugleich unverzichtbare Voraussetzung, damit die technische Entwicklung in den Dienst eines ökologischen Wiederaufbaus, zukunftssicherer Arbeitsplätze und einer rohstoffschonenden und energiebewußten Industriegesellschaft gestellt werden können.

Zu den wichtigsten Voraussetzungen, wie diese Zielsetzungen in praktische Politik umgesetzt werden können, gehören:

- Rascher Ausbau der Datenschutzgesetze in Bund und Ländern, weil angesichts der Verbreitung und des Entwicklungstempos moderner Computertechnik die Unfähigkeit der Regierungsparteien, im Datenschutz voranzukommen, einem Rückschritt demokratischer Freiheit gleichkommt.
- Beseitigung der Lücken im geltenden Datenschutzrecht durch Einbeziehung bisher noch nicht erfaßter Formen von Datenverarbeitung (zum Beispiel in Akten) wie auch von Sachgebieten (zum Beispiel des Sicherheitsbereichs) in das Datenschutzrecht.



- Vordringliche Erarbeitung eines Arbeitnehmerdatenschutzgesetzes unter Erweiterung der Mitbestimmung bei Einführung und Handhabung moderner Informations- und Kommunikationstechniken im Betrieb.
- Sicherung und Kontrolle der informationellen Selbstbestimmung auch im Privatbereich wie zum Beispiel im Verkehr mit Banken, Versicherungen und Auskunftsteilen.
- Abbau des bestehenden Datenbestandes, wo möglich, Überprüfung und Verkürzung von Lösungsfristen beispielsweise im Polizeibereich.
- Eindeutige gesetzliche Zweckbindung für jede Datenerhebung und -verarbeitung. Abgelehnt wird die "bloße gesetzliche Fortschreibung des heute praktizierten Umgangs mit Daten", denn damit würde "der Bürger getäuscht, der Sinn des Datenschutzes verkehrt und möglicher Datenmißbrauch legalisiert".
- Abkoppelung von Leistungen und Maßnahmen der Verwaltung für den Bürger, vor allem im Sozialbereich, von "freilligen" Datenangaben.
- Entwirrung fragwürdiger Knotenstellen im Datenverkehr, vor allem bei der Innenverwaltung, mittels einer strengen funktionalen Neubestimmung derjenigen Stellen, die Daten sammeln und verarbeiten dürfen.
- Verstärkung der Auskunftsrechte des Bürgers sowie von Benachrichtigungspflichten ihm gegenüber, beides grundsätzlich fristgebunden und unentgeltlich.
- Einführung einer Haftung auch für ohne Verschulden verursachte Schäden (Gefährdungshaftung).
- Stärkung der Stellung und der Befugnisse der Datenschutzbeauftragten; Wahl durch die Parlamente statt Ernennung durch die Regierung.

Die Kommission für Innen- und Rechtspolitik beim Parteivorstand hat ihre Arbeit zum Datenschutz auch deshalb besonders forciert, weil auf diesem Gebiet noch in der laufenden Legislaturperiode wichtige Entscheidungen wie zur Volkszählung, zum Datenschutz im Sicherheitsbereich und zu den Plänen der Regierung, den Personalausweis zu ändern, fallen müssen. Andere Bereiche der Rechts- und Innenpolitik wie Fragen der Gentechnologie, die Auswirkung neuer Technologien im Bereich des Arbeitsrechts und die Verbesserung des gerichtlichen Schutzes hat die Kommission bereits in Angriff genommen und Empfehlungen entworfen, die ebenfalls noch bis zum Jahresende dem Präsidium und dem Vorstand der SPD vorgelegt werden sollen.

(-/28.5.1985/rs/ks)

+ + ÷



## DOKUMENTATION

## SPD-MdB an US-Abgeordnete: Den Dialog mit Nicaragua suchen

Eine Reihe von SPD-Bundestagsabgeordneten hat in einem Brief an die Mitglieder des amerikanischen Repräsentantenhauses gefordert, den Druck von Nicaragua zu nehmen und den Dialog mit Managua zu suchen. Der Wortlaut:

Durch die Ablehnung von Finanzmitteln aus dem US-Haushalt für die Unterstützung der "Contras" hat das Repräsentantenhaus seinen Willen bekundet, nicht militärisch in die inneren Verhältnisse Nicaraguas einzugreifen. Sie haben damit einen wertvollen Beitrag geleistet, um die Destabilisierung in Mittelamerika zu verhindern. Kurz nach dieser Entscheidung hat Ihr Präsident, Ronald Reagan, seinen Staatsbesuch in unserem Lande gebraucht, um von deutschem Boden aus ein Handelsembargo gegen Nicaragua zu verhängen. Dieser diplomatische Affront und neuerliche Akt der Destabilisierung Mittelamerikas steht im Widerspruch zur großen demokratischen Tradition des amerikanischen Volkes.

In einem Augenblick, in dem wir der Tatsache gedenken, daß die USA entscheidend dazu beigetragen haben, Europa von der faschistischen Diktatur zu befreien, untergräbt dieser Boykott den Glauben der Welt an die moralische und demokratische Integrität Ihrer Regierung.

Wessen Geschichte vom eigenen Willen zu nationaler Unabhängigkeit und demokratischer Selbstbestimmung geprägt ist, der darf nicht von außen in die Geschichte eines jungen Staates eingreifen, der seinen eigenständigen Weg zum Aufbau des Landes sucht. Die auch von uns geforderten selbstgesetzten Ziele der sandinistischen Revolution - innerer Pluralismus, gemischte Wirtschaftsordnung und Blockfreiheit - bergen eine Chance für Nicaragua, einen Weg aus Not und Armut zu finden, in die dieses Land durch jahrzehntelange Ausbeutung geraten war. Der von Ihrem Präsidenten erneut verschärfte Druck auf Managua ist geeignet, Nicaragua von einer demokratischen Entwicklung im Sinne dieser Ziele abzubringen.

Das Embargo kann verheerende Folgen nach sich ziehen: Es treibt Nicaragua wirtschaftlich in die Ecke. Es kann Managua dazu zwingen, sich einseitig an die UdSSR anzulehnen. Es behindert die Bemühungen der Contadora-Staaten um einen friedlichen Ausgleich in Mittelamerika. Und es verschärft die innergesellschaftlichen Konflikte Nicaraguas. Den bittersten Preis aber wird die Mehrheit des Volkes mit Angst und Hunger bezahlen.



Wir appellieren an Sie als die Vertreter des amerikanischen Volkes: Bieten Sie Ihren ganzen Einfluß auf, damit das Handelsembargo zurückgenommen, die Konfrontation zwischen Managua und Washington abgebaut und ein konstruktiver Dialog über eine friedliche Entwicklung in Mittelamerika in Gang gesetzt werden.

Wir selbst werden uns dafür einsetzen, daß Europa mit verstärktem Handel und zusätzlicher Entwicklungshilfe ein deutliches Gegengewicht setzt, damit Nicaragua eine Chance gegeben wird, die angesprochenen Ziele auch tatsächlich zu erreichen.

Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bitten wir, sich der Frage zu stellen: Soff zehn Jahre nach Vietnam die USA der Vorwurf treffen, daß sie ein kleines Land in Mittelamerika zum Opfer ihrer Machtinteressen machen?

Wir hoffen darauf, daß Sie ein erneutes Zeichen setzen werden für Verständigung, Frieden und soziale Gerechtigkeit in Freiheit.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez.: Hermann Bachmaier, Rudolf Bindig, Lieselott Blunck, Wolf-M. Catenhusen, Peter Conradi, Lothar Curdt, Freimut Duve, Katrin Fuchs, Norbert Gansel, Professor Dr. Ingomar Hauchler, Günther Heyenn, Reinhold Hiller, Gunter Huonker, Volker Jung, Karl Kisslinger, Hans-Ulrich Klose, Eckart Kuhlwein, Uwe Lambinus, Dr. Anke Martiny, Michael Müller, Doris Odendahl, Horst Peter, Renate Schmidt, Thomas Schröer, Horst Sielaff, Heide Simonis, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Ernst Waltemathe, Rudi Walther, Professor Gert Weisskirchen, Dr. Norbert Wiczorek, Fred Zander. (-/28.5.1985/rs/ks)

+ + +

